

# **Nachrichten und Informationen der Ersatzkassenverbände in Sachsen-Anhalt**

Magdeburg, 5. August 2008

## **Verbände der Ersatzkassen zum Gesundheitsfonds: überflüssige Geldsammel- und Verteilstelle Massive Belastungen für Versicherte und Arbeitgeber**

"Der Gesundheitsfonds ist keine Investition in die Gesundheit der Bürger, sondern schafft lediglich mehr Bürokratie!", warnt Dr. Volker Schmeichel, Sprecher der Ersatzkassenverbände (VdAK/AEV), Landesvertretung Sachsen-Anhalt. "Der vorgesehene Umweg der Beitragseinnahmen über den Gesundheitsfonds ist ein deutlicher Rückschritt gegenüber dem bisherigen Beitragseinzug in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Es werden unnötig teure Doppelstrukturen geschaffen."

Allein die Anschubfinanzierung verschlinge 0,8 Milliarden Euro. Und die Schaffung einer Schwankungsreserve koste noch einmal eine Milliarde Euro. Um einen eventuell notwendigen Zusatzbeitrag einzuziehen zu können, müssten die Krankenkassen 40 bis 50 Millionen Beitragskonten neu einrichten; das koste mehrere 100 Millionen Euro. Wenn der eventuelle Zusatzbeitrag die 8-Euro-Marke übersteige, müsse eine Härtefallprüfung erfolgen; sie koste weitere 100 Millionen Euro.

Besorgniserregend sei die Tatsache, so Schmeichel, dass unter den Bedingungen des Gesundheitsfonds alle Ausgaben der Krankenkassen durch die Zuteilung aus dem Fonds zu finanzieren seien. Die durch die Politik zu verantwortende Zunahme der Verwaltungskosten werde zwangsläufig zur Reduzierung der Ausgaben für medizinische Leistungen führen. "Alles in allem ist der Gesundheitsfonds eine überflüssige Geldsammel- und -verteilstelle", urteilt Schmeichel. "Der massive admi-

**VdAK/AEV-Landesvertretung Sachsen-Anhalt,  
Presse: Dr. Volker Schmeichel, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg,  
Tel.: 03 91 / 5 56 16 - 20, Fax: 03 91 / 5 65 16 - 30,  
E-Mail: [Volker.Schmeichel@vdak-aev.de](mailto:Volker.Schmeichel@vdak-aev.de), Internet: <http://www.vdak-aev.de>**

nistrative und finanzielle Zusatzaufwand, den der Fonds verursacht, ist nicht zu rechtfertigen."

Angesichts der politisch verursachten neuen Bürokratie und der aktuellen finanziellen Versprechungen der Politik gegenüber Krankenhäusern und Ärzten in Milliardenhöhe, werde sich der einheitliche, für alle gesetzlichen Krankenkassen geltende Beitragssatz auf sehr hohem Niveau bewegen müssen, um dem politischen und im Gesetz festgelegten Anspruch gerecht zu werden, dass zum Start des Gesundheitsfonds 100 Prozent aller Ausgaben über diesen Fonds abgesichert sein müssen.

Schmeichel: „Bereits heute, einige Wochen vor Festlegung des einheitlichen Beitragssatzes in der GKV durch die Bundesregierung, gehen zahlreiche Fachleute davon aus, dass dieser deutlich über dem heutigen Durchschnittsbeitrag aller gesetzlicher Krankenkassen (knapp 14 Prozent) liegen wird, und zwar weit über 15 Prozent.“